

Von: Bündnis 90/Die Grünen
Gesendet: Freitag, 16. November 2007 10:57
Betreff: PM - 350 Kinder ohne gesicherten Aufenthaltsstatus alleine in Göttingen - das Bleiberecht der Landesregierung ist ein Skandal!

Pressemitteilung

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Göttinger Stadtrat

16.11.2007

350 Kinder ohne gesicherten Aufenthaltsstatus alleine in Göttingen - das „Bleiberecht“ der Landesregierung ist ein Skandal!

Die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN übt erneut scharfe Kritik am so genannten „Bleiberecht“ der CDU/FDP-Landesregierung. „350 Kinder und Jugendliche in Göttingen sind von Abschiebung bedroht - diese erschreckend hohe Zahl ist ein landespolitischer Skandal!“, erklärt Michael Höfer, Mitglied der Fraktion im Sozial- und Jugendhilfeausschuss der Stadt. Anlass für seine harsche Kritik ist die offizielle Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage seiner Fraktion im Jugendhilfeausschuss am 15.11.2007. Nach Angaben der Verwaltung leben in Göttingen derzeit etwa 350 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ohne gesicherten Aufenthaltsstatus.

In Göttingen sind fast zwei Drittel aller von Abschiebung bedrohten Personen Kinder und Jugendliche, so Höfer. „Die Landesregierung praktiziert ihre repressive Abschiebungspolitik auf dem Rücken derer, die sich am wenigsten wehren können und die Fürsorge des Staates am nötigsten haben.“ Das Bleiberecht der Kinder ist an das ihrer Eltern geknüpft, deren Chancen auf ein dauerhaftes Bleiberecht - wie aktuelle Zahlen aus dem Sozialausschuss belegen - im Durchschnitt kaum größer als zehn Prozent sind, erläutert Höfer. Auf Grund der beruflichen Einschränkungen und der gegenüber dem ALG-II-Satz um 20 Prozent verminderten Grundsicherung für Asylsuchende leben die Kinder oft in ärmsten Verhältnissen. Laut der gestern vom Deutschen Kinderhilfswerk veröffentlichten Studie „Kinderreport Deutschland 2007“ sind in größeren Städten Deutschlands fast die Hälfte der ausländischen Kinder unter 15 Jahren von Hartz IV betroffen.

Die anhaltende Kritik der Öffentlichkeit und der Opposition hat die von Christian Wulf geführte Landesregierung bislang nicht davon abgehalten ihre Gesetze und Erlasse immer unmenschlicher und bürokratischer zu gestalten. Überlegungen des Landesministers man könne die Eltern ausweisen und ihren (älteren) Kindern ein Bleiberecht gewähren sind absurd. Angesichts der jüngsten Zahlen fordert Höfer daher die Göttinger Landtagsabgeordneten der CDU, Harald Noack und Fritz Güntzler, auf, ihren Einfluss auf Innenminister Schünemann geltend zu machen, um diesem Skandal ein Ende zu machen. So lange die Landesregierung in dieser Frage kein menschliches Gesicht zeigt, appelliert Höfer an die Göttinger Ausländerbehörde, ihre denkbar geringen Ermessensspielräume konsequent zu nutzen, um möglichst vielen Kindern ein dauerhaftes Bleiberecht zu ermöglichen.“

Kontakt: Michael Höfer, Mitglied im Sozialausschuss, 0551-5213935 (dienstl.) oder 0171-5289234



071112 350 Kinder
ohne gesiche...

i.A. Jürgen Bartz
Geschäftsführer
Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Ratsfraktion
Hiroshimaplatz 1 -4
37083 Göttingen
Tel.: 0551/400-2785
Fax.: 0551/400-2904